



# EWSA info



## LEITARTIKEL

Liebe Leserinnen und Leser,

drei Monate nach den schrecklichen Attentaten in Paris wurde am 22. März Brüssel – das Herz Europas – Ziel brutaler und abscheulicher Terroranschläge. Wieder einmal wurden wir auf drastische

Weise daran erinnert, wie blitzschnell sich das Leben ändern bzw. enden kann. Unser Mitgefühl gilt den vielen Opfern dieser Tragödie und ihren Familien. Wir danken den Freiwilligen und Helfern für ihren unermüdeten Einsatz nach den Anschlägen sowie den Brüsseler Sicherheitskräften und den belgischen Soldaten, die alles daran setzten, um uns zu schützen. Und wir verurteilen die heimtückischen Mörder. Die Anschläge erinnern uns daran, dass es unser aller Pflicht ist, nach Wegen für eine bessere Integration von Migranten in unsere offene europäische Gesellschaft zu suchen, die für die unteilbaren Werte Humanität, Demokratie, Gleichheit und Toleranz steht. Dies ist eine Frage von Rechten und Pflichten, worauf wir bereits im letzten Monat in dem Bericht zu Flüchtlingsfragen hingewiesen haben.

Nun müssen wir unseren Blick auf die Zukunft richten. Die Welt ist zu schön, um sie von solch destruktiven Kräften zerstören zu lassen. Bei der Bekämpfung dieser Kräfte dürfen wir uns jedoch nicht ausschließlich auf den Terrorismus konzentrieren, sondern müssen auch umfassende und verantwortungsvolle Lösungen für die Herausforderungen finden, die sich der modernen Gesellschaft stellen.

### Trotz Rückschlägen eine optimistische, aber realistische Sichtweise bewahren

Es ist Frühling. Öffnen wir die Fenster, lassen wir das Sonnenlicht und die frische Luft herein, um uns inspirieren zu lassen und neue Wege zu finden, wie wir unser Handeln verändern, verbessern und Lösungen für die anstehenden Herausforderungen finden können.

Das ist es, wozu sich der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss verpflichtet hat. Er hat sich ein umfangreiches Arbeitsprogramm vorgenommen. Die wirtschaftlichen Probleme und die Arbeitslosigkeit, der Klimawandel und die Frage der Nachhaltigkeit von Lebensmitteln erfordern neue Ideen sowie innovative und bessere Lösungen, für die es einer Zusammenarbeit sowohl mit der Zivilgesellschaft als auch mit Fachleuten bedarf. Und genau das ist die Grundlage der Stellungnahmen des EWSA und seiner Arbeit insgesamt. In seine beratende Tätigkeit und die Empfehlungen, die er an die EU-Politikgestalter richtet, fließen das Wissen, das Knowhow und der Sachverstand einer breiten gesellschaftlichen Basis ein.

Ich lade Sie alle dazu ein, sich die großen Fortschritte vor Augen zu halten, die wir gemeinsam erreicht haben, und weiter darüber nachzudenken und zu diskutieren, wie wir die noch vor uns liegenden Herausforderungen bewältigen und uns für ein geeintes, demokratisches, solidarisches, friedliches, prosperierendes und bürgernahes Europa einsetzen können, wie dies im Programm unseres Präsidenten vorgesehen ist. Der EWSA ist Ihr Partner und stellt sicher, dass Sie sich in Europa Gehör verschaffen können.

**Gonçalo Lobo-Xavier**

Vizepräsident des EWSA mit Zuständigkeit für Kommunikation

Der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss  
Eine Brücke zwischen Europa und der organisierten Zivilgesellschaft  
April 2016 | DE

## Erklärung von Präsident Dassis zu den Terroranschlägen in Brüssel

Am 22. März 2016 haben eine Handvoll gewissenloser Mörder Tod und Leid in die EU gebracht.

Sie haben ihre verachtungswürdige Tat an einem Ort begangen, an dem viele von uns, Mitglieder, Delegierte oder deren Stellvertreter, Sachverständige, Gäste und Mitarbeiter des Ausschusses, jeden Tag vorbeikommen. Einmal mehr haben sie auf hinterhältige und feige Art Menschen ermordet, verstümmelt und verwundet. Die Attentäter hatten es darauf abgesehen, Bürgerinnen und Bürger, die sich in einer auf Frieden, Dialog und Wohlstand beruhenden demokratischen Gesellschaft frei bewegen möchten, zu ermorden und in Stücke zu reißen.

Aber sie werden uns nicht in die Knie zwingen. Niemand. Es gibt Menschen, die zum Schlimmsten fähig sind; aber es gibt auch Menschen, die zum Besten fähig sind – und eben diese werden gewinnen. Die Aufmerksamkeit, die die Terroristen erreichen wollen, darf nur einem

Ziel dienen: dass wir uns gegen sie verbünden. Sie sind nur sehr wenige, wenngleich furchtbar gefährlich. Wir müssen uns um die Millionen Menschen kümmern, die, gleich wer sie sind oder woher sie kommen, nicht der Gewalt nachgeben, auch wenn sie objektiv unter ungerechten Zuständen leiden. Ihnen muss der Schutz einer gerechten Gesellschaft gewährt werden, so wie sie in den ersten Artikeln unseres Vertrags beschrieben wird.

Ich hoffe von ganzem Herzen, dass die öffentlichen Solidaritätsbekundungen unserer nationalen und europäischen Entscheidungsträger dazu führen werden, dass sich so viele Bürgerinnen und Bürger wie möglich dem demokratischen Ideal eines geeinten Europas verschreiben. Ich hoffe, dass diese schrecklichen Ereignisse sie dazu veranlassen werden, sich häufiger geeint und solidarisch zu zeigen, sich um das zu sorgen, was für unsere Gesellschaft grundlegend ist, und sich ins Bewusstsein zu rufen, dass sich alle Mitgliedstaaten der Union im Grunde in derselben Situation befinden.



Natürlich habe ich noch am selben Tag im Namen des Ausschusses dem Premierminister des Königreichs Belgien eine Botschaft der uneingeschränkten Solidarität übermittelt. Beim Gedanken an das Schicksal unschuldiger Menschen, die – wo auch immer – Opfer der Barbarei geworden sind, bin ich erneut zutiefst bewegt und aufgebracht. Wir müssen alles in unseren Kräften Stehende tun, um ihnen zu helfen.

Georges Dassis  
Präsident des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses

## EWSA-Mitglied Pasi Moisio gehört zu den Opfern der Anschläge in Brüssel und berichtet über das Erlebte



Pasi Moisio, ein finnisches Mitglied des EWSA, befand sich am 22. März, dem Tag der Terroranschläge, mit seiner Frau auf dem Brüsseler Flughafen. Herr Moisio, der sich noch von seinen Verletzungen erholen muss, hat sich bereit erklärt, den Lesern von EWSA info zu schildern, was er erlebt hat.

### Herr Moisio, wie haben Sie die tragischen Ereignisse vom 22. März erlebt?

Meine Frau und ich standen in der Schlange vor einem Check-in-Schalter für einen Flug nach New York, als mich die erste Detonation umwarf. Die Explosion kam von links und war so stark, dass mein linkes Trommelfell und auch das Trommelfell meiner Frau riss, außerdem wurden unsere Gesichter und unsere Kleidung auf dieser Körperseite verbrannt. Glücklicherweise waren wir weit genug vom Ort der Explosion entfernt, so dass wir mit relativ geringen Verletzungen davonkamen,

zudem haben uns unsere Metallkoffer vor den herumfliegenden Granatsplittern geschützt.

### Was hat dieses Geschehnis in Ihnen bewirkt? Hat es Ihr Denken und Ihre Wahrnehmung in irgendeiner Weise geändert?

Ich glaube weiterhin an das Konzept der europäischen Integration und bin mehr denn je davon überzeugt, dass wir für die Freizügigkeit und das Schengener Abkommen eintreten müssen. Diese Erfahrung hat mir jedoch schmerzlich bewusst gemacht, dass wir unsere Außengrenzen wirksam kontrollieren müssen und welche gefährlichen Folgen das Ausbleiben solcher Kontrollen haben kann. Wir müssen verhindern, dass sich Terroristen unsere Rechte und Errungenschaften für ihre eigenen Ziele zunutze machen. Dieses Thema ist von den EU-Institutionen intensiv erörtert worden – jetzt ist es an der Zeit zu handeln.

### Welche Botschaft haben Sie als Überlebender für die Menschen in Ihrer Umgebung und die Leser von EWSA info?

Wir sind sehr dankbar für die vielen Solidaritätsbekundungen und die Unterstützung von Kollegen und Freunden nach den Anschlägen. Wir haben Hunderte von SMS, E-Mails und Anrufen erhalten, und mit diesen Zeilen möchten wir uns bei allen bedanken und ihnen mitteilen, wie wichtig diese Unterstützung für uns ist.

Diese Krise hat die Menschen zusammengebracht, und wir hoffen, dass aus dieser neuen Einheit etwas Positives erwächst.

### EWSA info – Sonderausgabe zum Thema Migration

Anlässlich der Präsentation des Abschlussberichts des EWSA über die aktuelle Migrations- und Flüchtlingskrise veröffentlicht EWSA info eine zweiseitige Sonderbeilage mit lebhaften Schilderungen der dem Bericht zugrunde liegenden Informationsreisen und mit Interviews mit Gonçalo Lobo Xavier, Vizepräsident des EWSA und Initiator dieses Projekts, und Pavel Trantina, Mitverfasser der Migrationsstrategie des EWSA. Eine Auswertung der Jugendplenartagung *Your Europe Your Say!* („Deine Meinung für Europa“) 2016 sowie ein Ausblick auf die Ausstellung von Giles Duley im EWSA und das *EWSA-Medienseminar der Zivilgesellschaft* 2016, bei denen ebenfalls die Themen Flüchtlinge und Migration im Mittelpunkt stehen, vervollständigen diese Sonderausgabe zum Thema Migration.

## BITTE VORMERKEN

**25./26. Mai 2016/ EWSA, Brüssel:**  
EWSA-Plenartagung

**17. Mai 2016/ Nottingham (UK):**  
Anhörung der CCMI zur Kosmetikindustrie in Nottingham

## IN DIESER AUSGABE

**2** Neue EWSA-Studie über geplante Obsoleszenz

**3** Interview mit Gonçalo Lobo Xavier über das Migrationsprojekt

**4** Nach ihrer Rückkehr berichten die Mitglieder über ihre Erfahrungen in den von der Migration am meisten betroffenen Ländern

**5** *Your Europe, Your Say!* 2016

**5** Ausstellung mit Bildern des Fotografen Giles Duley



# 56%-iger Anstieg der Produktverkäufe bei Kennzeichnung „langlebig“: Neue EWSA-Studie über geplante Obsoleszenz



Smartphones mit ausgewiesener langer Lebensdauer mit 41% weniger erheblich ist.

90% der Studienteilnehmer gaben an, sie seien bereit, mehr (+ 102 Euro) für einen Geschirrspüler (Kosten zwischen 300 und 500 Euro) mit einer zwei Jahre längeren Lebensdauer zu zahlen. Die Art, wie ein Produkt gekennzeichnet wird, ist grundlegend. Eine Abstufung von A bis G ist am wirksamsten und lässt die Verkaufszahlen um 84% ansteigen. In der Studie wird außerdem die soziale Dimension der geplanten Obsoleszenz hervorgehoben: Geringverdiener müssen häufig billigere Produkte kaufen und werden daher eher Opfer der geplanten Obsoleszenz. 80% der Teilnehmer sind schließlich der Ansicht, dass die Hersteller ein sehr hohes Maß an Verantwortung für die Lebensdauer eines Produktes tragen.

Die Studie wurde in Belgien, der Tschechischen Republik, Frankreich, Spanien und den Niederlanden mit knapp 3 000 Teilnehmern durchgeführt und entspricht dem Standpunkt des EWSA, den er 2013 in seiner Stellungnahme „Für einen nachhaltigeren Konsum: die Lebensdauer von Industrieprodukten und die Verbraucherinformation zugunsten eines neuen Vertrauens“ vertreten hat.

Der EWSA fordert die Europäische Kommission auf, EU-weite Rechtsvorschriften zur geplanten Obsoleszenz zu konzipieren, empfiehlt der Industrie die Einführung freiwilliger Zertifizierungsregelungen und ruft die Europäerinnen und Europäer auf, sich für einen Wandel zu mobilisieren und einzusetzen. (cad) ●

Am 29. März 2016 veröffentlichte der EWSA eine Studie mit dem Titel *Wie beeinflussen Informationen über die Lebensdauer den Verbraucher?*, aus der deutlich wird, wie sich die Kennzeichnung der Lebensdauer auf das Kaufverhalten der Verbraucher auswirkt. Die Verkaufszahlen für als langlebig ausgewiesene Produkte wie Koffer und Drucker steigen sprunghaft um 128% bzw. 70% an, während der Anstieg der Verkaufszahlen von

## Neue Beschäftigungsformen erfordern sozialpolitische Maßnahmen

Am 31. März 2016 veranstaltete der EWSA eine Anhörung zum Thema „Arbeitsbeziehungen im Wandel, Wirtschaft des Teilens, Null-Stunden-Verträge und existenzsicherndes Arbeitseinkommen“, in deren Rahmen über die Zunahme atypischer Beschäftigungsformen im Lichte des Arbeitnehmerschutzes debattiert wurde.

So haben die Veränderungen, die durch populäre Online-Plattformen für Beförderungs- und Unterbringungsleistungen entstanden sind, bedeutende Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt, die Steuer- und Sozialversicherungssysteme und das existenzsichernde Arbeitseinkommen.

Die Entscheidungsträger müssen diese Entwicklungen kanalisieren, damit diese neuen Beschäftigungsformen zu positiven Ergebnissen für alle Mitglieder der Gesellschaft führen. Daher fordert der EWSA die Europäische Kommission und die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) auf, zur Entwicklung neuer Modelle der Sozialfürsorge und eines Rahmens für menschenwürdige Arbeitsbedingungen beizutragen, die auf flexiblere Arbeitsmärkte zugeschnitten sind. Die Anstrengungen sollten sich auf eine angemessene Ausbildung – insbesondere im Bereich IKT – für alle Beschäftigten beziehen, aber auch auf die statistische Überwachung der Auswirkungen neuer Beschäftigungsformen auf den Arbeitsmarkt und die Wirtschaft sowie auf eine größere Klarheit der Beschäftigungsverhältnisse, um die Frage der Haftung bei Unfällen, Schäden und Störungen der Dienste zu regeln. (cad) ●

## Chancen in einer sich wandelnden Arbeitswelt

### Gonçalo Lobo Xavier ruft Portugiesen zu Akzeptanz neuer Beschäftigungsmodelle auf

Der Vizepräsident des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses Gonçalo Lobo Xavier nahm neben anderen Gastrednern am 26. Februar in Braga an der Eröffnungssitzung von *Viewpoints on work*, einer Diskussionsreihe mit wichtigen Persönlichkeiten der portugiesischen Gesellschaft, teil.

Gemeinsam mit dem portugiesischen Wirtschaftsminister Caldeira Cabral und dem portugiesischen Soziologen, Professor und ehemaligen Vorsitzenden des portugiesischen Gewerkschaftsbunds (CGTP-IN) Carvalho da Silva mahnte Gonçalo Lobo Xavier, dass die Hälfte aller Arbeitsplätze weltweit durch neue Beschäftigungsmodelle bedroht sei: die vierte industrielle Revolution, das Internet der Dinge und das neue Verbraucherverhalten gefährden viele Arbeitsplätze. „Es ist davon auszugehen, dass in den nächsten zehn Jahren 50% der für uns gängigen Arbeitsstellen aufgrund dieses Wandels, den wir nicht verhindern können, verschwinden werden“, so Lobo Xavier. Daher „müssen wir uns den neuen Gegebenheiten anpassen, Arbeitsplätze schützen und die Arbeitnehmer auf den Wandel vorbereiten, der meines Erachtens zwar unumkehrbar ist, jedoch auch neue Möglichkeiten bietet, da viele neue Arbeitsplätze geschaffen werden, die unterschiedliche Fähigkeiten erfordern“.

Er betonte, dass die notwendige Antizipation des Wandels, die Nachfrage nach neuen Qualifikationen und die erforderliche Modernisierung traditioneller Berufe mittels neuer Lösungen und Dienste als Chance zu sehen sei. Auch hoffe er, dass sich Portugal nicht auf den Lorbeeren seiner Tourismusbranche ausruht und andere strategische Bereiche nicht vernachlässigt, die für die Wirtschaft des Landes von entscheidender Bedeutung seien. (dm) ●

## EWSA fordert neuen Denkansatz zur Radikalisierungsprävention

### Engere Zusammenarbeit erforderlich für erfolgreiche Bekämpfung des Terrorismus und Erschwerung des Zugangs zu Feuerwaffen

Am 16. März verabschiedete der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA) eine Stellungnahme zur *Europäischen Sicherheitsagenda* (Berichterstatte: Cristian Pirvulescu), in der die Schaffung neuer Instrumente zur Prävention von Radikalisierung als Teil einer umfassenderen EU-Strategie zur Terrorismusbekämpfung gefordert wird. Die Stellungnahme ist eine Reaktion auf den von der EU-Kommission vorgelegten Aktionsplan gegen den unerlaubten Handel mit Feuerwaffen und Explosivstoffen und deren unerlaubte Verwendung sowie auf die vorgeschlagene Richtlinie zur Terrorismusbekämpfung.

Der EWSA betont, dass sich Sicherheit und Freiheit in Europa miteinander vereinbaren lassen, und er ist der Auffassung, dass es für eine Demokratie gefährlich ist, für potenzielle Straftaten vorsorglich Gesetze zu erlassen. Artikel 3 Absatz 2 Nummer i) des Kommissionsvorschlags (betreffend die Drohung, eine terroristische Straftat zu begehen) sollte deshalb gestrichen werden. Der EWSA fordert weiterhin die EU-Institutionen und die Mitgliedstaaten auf, den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit zu wahren, wobei die Bestrafung und Bekämpfung solcher Handlungen in einem angemessenen Verhältnis zur Schwere der Taten und zum entsprechenden Vorsatz stehen sollten.

Im Hinblick auf die strafrechtliche Verfolgung von Auslandsreisen für terroristische Zwecke ist die Definition des Begriffes „terroristische Zwecke“ nach Auffassung des EWSA sehr unklar. Jemand, der einen Anschlag plant oder sich entsprechend ausbilden lässt, kann zwar als „Terrorist“ bezeichnet werden, bei Personen, die Cyberterrorismus begehen oder an einer bewaffneten Rebellion oder einem Bürgerkrieg teilnehmen, ist dies aber nicht unbedingt der Fall.

Die jüngsten Ereignisse haben gezeigt, dass der Terrorismus zu einem weltweiten Problem geworden ist. Die europäische Außenpolitik im Nahen Osten und in Nordafrika muss besser koordiniert werden. Der Ausschuss fordert ein entschiedeneres Engagement für die Stabilisierung, Entwicklung und Demokratisierung dieser Region, und er begrüßt die Absicht der Kommission, den Anwendungsbereich des Aktionsplans EU-Südosteuropa auszuweiten und die Zusammenarbeit mit den Ländern des Nahen Ostens und Nordafrikas zu vertiefen. Der EWSA sieht es ebenfalls als vorrangig an, die Verfügbarkeit von Feuerwaffen und Sprengstoffen drastisch zu verringern. Die institutionelle Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten muss sowohl in Bezug auf den Informationsaustausch als auch die Zusammenführung bestehender Datenbanken deutlich verbessert werden.

Der EWSA fordert von der Kommission die Unterstützung einer engeren Zusammenarbeit zwischen Europol, Interpol, den wichtigsten Akteuren von iTrace und sonstigen Stellen (zu nennen sind hier z.B. die Zollbehörden und die Behörden mit Zuständigkeit für die Ausstellung von Einfuhr- und Ausfuhr genehmigungen von Feuerwaffen). Der EWSA befürwortet eine Bündelung der Ressourcen, weist aber gleichzeitig darauf hin, dass eine Intensivierung der Schutzmaßnahmen auf europäischer und nationaler Ebene eine kumulative Wirkung entfalten und eine Beschneidung von Grundrechten zur Folge haben könnte. Mit einer Ausweitung der Grundrechte würde die EU allerdings einen ihrer Leitgedanken auf Spiel setzen.

Die Stellungnahme wurde mit 145 Stimmen bei 3 Enthaltungen verabschiedet. (dm) ●

## Europäischer Verbrauchertag 2016: EWSA für intelligente und bessere Rechtsetzung, aber nicht auf Kosten der Verbraucher

Der EWSA unterstützt den Abbau von Verwaltungslasten und Hemmnissen für Kleinst- und Mittelstandsunternehmen durch bessere Rechtsetzung. Das sei aber kein Freibrief für eine komplette Deregulierung, mahnte er auf dem Europäischen Verbrauchertag am 10. März 2016. Bessere Rechtsetzung soll Regeln einfacher, praktikabler und kostengünstiger für die Nutzer und Steuerzahler machen. Sie entbindet aber nicht davon, die Vorschriften zum Schutz von Verbrauchern und Arbeitnehmern oder die Umweltstandards einzuhalten. Der EWSA forderte die Kommission auf, die Standpunkte der Zivilgesellschaft durch öffentliche Konsultationen und Folgenabschätzungen stärker zu berücksichtigen. Zu der Jahreskonferenz, die der EWSA zum 18. Mal veranstaltete, um über bessere Rechtsetzung und ihre Auswirkungen auf die Verbraucher zu diskutieren, kamen Vertreter von Verbraucherverbänden, politische Entscheidungsträger und Vertreter der EU-Institutionen zusammen.

Nach Auffassung des EWSA sollte sich die Kommission mehr auf Qualität als auf Quantität konzentrieren und den Abbau der Verwaltungslasten fördern, die für Unternehmen teuer sind, ihre Wettbewerbsfähigkeit bremsen und Innovation und Schaffung von Arbeitsplätzen, insbesondere in KMU, behindern. Gleichzeitig darf das Prinzip „Vorfahrt für KMU“ nicht darauf hinauslaufen, dass Kleinstunternehmen und KMU von der Anwendung der Rechtsvorschriften ausgenommen werden. Der EWSA hat sich seit jeher für den Schutz von 500 Millionen europäischen Verbrauchern starkgemacht, die vertraglich verankerte



rechtsverbindliche Ansprüche haben. Verbraucherschutz ist eine der größten und spürbarsten Errungenschaften der EU und darf als solche nicht aufs Spiel gesetzt werden. (sg) ●

## WWU: EWSA ermutigt Europäische Kommission zur unverzüglichen weiteren Vertiefung der WWU

Die Wirtschafts- und Währungsunion Europas sollte dringend weiter vertieft werden – diesen Standpunkt vertrat der EWSA auf seiner Plenartagung im März, auf der er vier Stellungnahmen zu diesem Thema verabschiedete.

In seiner Stellungnahme zum Thema *Schritte zur Vollendung der Wirtschafts- und Währungsunion* spricht der EWSA die Frage der demokratischen Legitimation an und schlägt vor, die diesbezügliche Lücke durch einen dreiseitigen sozialen Dialog zu schließen. Des Weiteren gibt der EWSA diverse Empfehlungen zur *Einrichtung nationaler Ausschüsse für Wettbewerbsfähigkeit im Euro-Währungsgebiet* ab und rät dabei insbesondere, bei der Definition der Wettbewerbsfähigkeit auch „Beyond-GDP“-Ziele zu berücksichtigen und bei der Einrichtung der Ausschüsse auf mehr Ausgewogenheit zu achten.

In seiner Stellungnahme zum Thema *Europäisches Einlagensicherungssystem* empfiehlt der Ausschuss, dass die Einführung stärkerer Risikoteilung mit weiterer Risikominderung im Bankensektor einhergehen sollte. In seiner Stellungnahme zur *Außenvertretung des Euro-Währungsgebiets* unterstreicht der EWSA die klare Notwendigkeit, das relative Gewicht des Gebiets im Rahmen der internationalen Finanzinstitutionen zu erhöhen und seinem Standpunkt auf den internationalen Finanzmärkten stärker Geltung zu verschaffen. Außerdem empfiehlt der EWSA eine klare und eindeutige Definition der Rolle der Außenvertretung des Euro-Währungsgebiets und eine koordinierte Verknüpfung mit der Rolle der EU als Ganzes zur Wahrung der Integrität des Binnenmarktes. (cad) ●



# EWSA info

Der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss  
Eine Brücke zwischen Europa und der organisierten Zivilgesellschaft  
April 2016 | DE



## LEITARTIKEL

Europa benötigt langfristige Integrationsmaßnahmen und Beiträge der Zivilgesellschaft

Angesichts des größten Zustroms von Menschen seit dem Zweiten Weltkrieg hat sich die Zivilgesellschaft in der gesamten EU bei der Linderung der humanitären Folgen dieser Krise als ein entscheidender Akteur erwiesen. Der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss als offizielle Plattform der Zivilgesellschaft in Europa hat die Flüchtlingskrise bereits sehr früh als ernstzunehmendes Problem eingestuft und Regierungen und Politiker aufgefordert, dem Beispiel der Zivilgesellschaft zu folgen.

Der EWSA hat kürzlich **einen Bericht** veröffentlicht, der auf Informationsreisen verschiedener Ausschussdelegationen beruht. Diese hatten sich in elf Mitgliedstaaten und der Türkei mit mehr als 180 im Bereich Flüchtlinge und Migranten tätigen Akteuren der Zivilgesellschaft getroffen. Der Bericht enthält wichtige Botschaften an die Mitgliedstaaten und Institutionen der EU, einschließlich der Notwendigkeit einer gerechten Verteilung der Flüchtlinge, der Bereitstellung angemessener Ressourcen, effektiver Grenzkontrollen, der Bekämpfung des Menschenenschmuggels sowie eines gemeinsamen europäischen Asylsystems ausgehend von einer Überarbeitung der Dublin-Verordnung. Zudem wird die Notwendigkeit der Einhaltung des Schengener Abkommens und der Freizügigkeit bekräftigt, die zu den größten Errungenschaften Europas zählen.

Mit dieser Initiative sollte der EWSA in der Lage sein, zu einer geeigneten europäischen Asyl- und Migrationspolitik beizutragen. Allerdings bleibt noch viel zu tun – und dabei ist Integration ein Schlüsselbegriff. Nach Ansicht von Kommissar Avramopoulos müssen wir „langfristig denken“ und „jetzt handeln“, um die „vollständige Integration der angekommenen Menschen zu gewährleisten, die ein Bleiberecht haben“.

Eine nachhaltige Integration erfordert den entscheidenden Beitrag der Zivilgesellschaft. Es ist höchste Zeit, die Bemühungen der Zivilgesellschaft anzuerkennen und ihre Standpunkte vollständig in die Politikgestaltung der EU auf dem Gebiet der Migration einzubeziehen. Europa braucht langfristige Integrationsmaßnahmen, die hauptsächlich auf die Eingliederung von Flüchtlingen und Migranten in den Arbeitsmarkt abzielen und dabei auf der Anerkennung von Qualifikationen und der allgemeinen und beruflichen Bildung basieren. Eine gescheiterte Integration von Migranten und Flüchtlingen hätte verheerende Folgen für alle.

**Georges Dassis**  
Präsident des EWSA

## „Ein gehaltvoller Bericht, der viel Beachtung finden wird“ – Gonçalo Lobo Xavier spricht über den EWSA Migrationsbericht



Auf der März-Plenartagung legte der EWSA einen Bericht über die Ergebnisse seiner Informationsreisen in elf Länder vor. Der Bericht wurde von Vizepräsident Gonçalo Lobo Xavier sowie den Mitgliedern Pavel Trantina, Christa Schweng und Anne Demelene in Zusammenarbeit mit einer zwölfköpfigen, vom Präsidium ernannten Ad-hoc-Gruppe, erarbeitet. EWSA info sprach mit Gonçalo Lobo Xavier über diese umfassende gemeinsame Arbeit.

### Welche sind die Hauptanliegen des EWSA mit Blick auf die Flüchtlingskrise?

Europa steht vor einer gewaltigen Herausforderung. Der EWSA ist der Auffassung, dass alle Bürgerinnen und Bürger mobilisiert werden müssen, um diese Krise zu bewältigen. Diese besondere Bewährungsprobe ist eher eine Chance als eine Bedrohung. Wir glauben, dass die Organisationen der Zivilgesellschaft eingebunden werden müssen und zur Schaffung von Lösungen beitragen können, so bei der

Gewährleistung der Gesundheitsversorgung, der Klärung des Rechtsstatus der Migranten und der Integration von Familien, die in die Europäische Union kommen wollen – mit all den dazugehörigen Rechten und Pflichten.

### Welche spezifische Rolle sehen Sie für den EWSA in der Flüchtlingskrise?

Wir haben beschlossen, uns im Rahmen von elf gezielten, sorgfältig vorbereiteten Informationsreisen ein besseres Bild von den verschiedenen Situationen zu machen. Das Ergebnis ist ein aussagekräftiger Bericht, der meines Erachtens in den nächsten Monaten starke Beachtung finden wird. Er enthält wichtige Erkenntnisse über die Sicherheit von Migranten, eine umfassende Klärung ihrer Rechte und Pflichten, geht auf die Notwendigkeit der Integration durch berufliche Bildung und Arbeit ein und klärt über den rechtlichen Rahmen auf. Selbstverständlich wird darin auch die Mitwirkung von Organisationen der Zivilgesellschaft herausgestellt.

### Welche Unterstützung benötigen die Organisationen der Zivilgesellschaft vonseiten der Mitgliedstaaten und der EU?

Da wäre sicher zu sagen, dass der wichtigste Punkt die Koordinierung zwischen den Institutionen ist. Natürlich sind auch Mittel zur Finanzierung der Umsetzung von Maßnahmen und einer wirksameren Funktionsweise erforderlich, aber für eine effiziente Bewältigung der Situation ist unseres Erachtens eine Abstimmung unter den Akteuren vor Ort von ausschlaggebender Bedeutung. Die Organisationen der Zivilgesellschaft handeln sehr proaktiv. Bisweilen müssen aber gewisse (rechtliche oder finanzielle) Aspekte auf nationaler und lokaler Ebene gelöst werden. Diese Ebenen sollten nicht nur eine Koordinierung untereinander sicherstellen, sondern sich auch mit den zivilgesellschaftlichen Organisationen abstimmen, die sich aus Arbeitgebern, Arbeitnehmern und anderen sozialen Akteuren zusammensetzen. (dm)

## Europäisches Migrationsforum: Beschäftigung und Integration haben Vorrang!



### EUROPEAN MIGRATION FORUM

Am 6./7. April veranstaltete der EWSA gemeinsam mit der Europäischen Kommission das zweite Treffen des Europäischen Migrationsforums, der Plattform für den Dialog zwischen der Zivilgesellschaft und den EU-Institutionen.

In diesem Jahr hatte das Forum die Aufgabe, die Reaktionen der Zivilgesellschaft in eine praktische und langfristige Migrationspolitik für die Europäische Union zu übertragen, mit dem Schwerpunkt auf der Beschäftigung und der Integration von Migranten und Flüchtlingen. Nach der Ankündigung eines „EU-Aktionsplans für die Integration von Drittstaatsangehörigen“ durch die Kommission wurden auf dem Europäischen Migrationsforum Beiträge gesammelt zu den besonderen Herausforderungen für Migranten mit geringer und mittlerer Qualifizierung, zu nicht angemeldeter Erwerbstätigkeit und Ausbeutung, zum Zugang zum Arbeitsmarkt und zur Rolle der lokalen Ebene und der Zivilgesellschaft im Integrationsprozess.

EWSA-Präsident Georges Dassis eröffnete das Forum mit der Aufforderung, dass „die europäischen Entscheidungsträger uns zuhören und unsere Empfehlungen beherzigen sollten: Europa braucht auf lange Sicht angelegte integrationspolitische Maßnahmen, die der Anerkennung der Qualifikationen von Migranten und Flüchtlingen, ihrer Bildung und Ausbildung Rechnung tragen, und wir müssen ihnen bei der Integration in den Arbeitsmarkt helfen. Eine mangelnde Integration von Migranten und Flüchtlingen hätte katastrophale Folgen für alle Seiten.“

Dimitris Avramopoulos, für Migration, Inneres und Bürgerschaft zuständiges Mitglied der Europäischen Kommission, erklärte: „Auch wenn wir die Flüchtlingskrise derzeit im Griff haben, müssen wir auch langfristig denken [...]. Wir müssen unbedingt dafür sorgen, dass diejenigen, die angekommen sind und ein Bleiberecht haben, vollwertige Mitglieder unserer Gesellschaft werden. Die Gewährleistung einer raschen und umfassenden Integration, an der verschiedene Akteure – nicht zuletzt die Zivilgesellschaft – beteiligt sein müssen, ist äußerst wichtig.“ (cad)

## Ein Projekt im Einklang mit der Kernaufgabe und den langjährigen Anliegen des EWSA



Die „Going local“-Initiative des EWSA zum Thema Flüchtlinge hat vor allem gezeigt, dass Europa dank des außerordentlichen Engagements und der Führungsrolle der zivilgesellschaftlichen Organisationen und Freiwilligen in vielen Mitgliedstaaten eine humanitäre Katastrophe riesigen Ausmaßes vermeiden konnte. Deshalb wollten wir ihnen eine Stimme auf EU-Ebene geben. Denn die Rolle der zivilgesellschaftlichen

Organisationen und Freiwilligen wird oft unterschätzt. Sie selbst sind mit erheblichen Schwierigkeiten und mitunter sogar Hass konfrontiert. Das geht sogar so weit, dass sie in einigen Fällen für ihre Unterstützung von Flüchtlingen strafrechtlich verfolgt werden, was dem gesunden Menschenverstand widerspricht. Die Europäische Kommission muss deshalb mit den Mitgliedstaaten zusammenarbeiten, um sie besser zu schützen und zu unterstützen.

Unsere Initiative mit dem Ziel, die Flüchtlingssituation im Rahmen von Informationsreisen in elf Mitgliedstaaten zu untersuchen, kam nicht aus heiterem Himmel. Seit langem beschäftigt sich der EWSA mit Flüchtlings- und Migrationsfragen. Ich würde sogar sagen, dass er hier Pionierarbeit geleistet hat. Unsere ständigen Arbeitsgruppen – insbesondere die Binnenmarktbeobachtungsstelle und die ständige Studiengruppe

„Einwanderung und Integration“ – tragen jetzt und in Zukunft zur Entwicklung einer gemeinsamen europäischen Einwanderungs- und Integrationspolitik bei, wobei sie die Bedeutung des Schutzes der Grundrechte, der Solidarität und der umfassenden Beteiligung der Zivilgesellschaft herausstellen. Wir erarbeiten gegenwärtig eine Reihe von Stellungnahmen. Dabei fließen die persönlichen Erfahrungen, die unsere Mitglieder auf den Informationsreisen gesammelt haben, in die Formulierung nützlicher Vorschläge und Empfehlungen an die anderen EU-Institutionen ein.

Pavel Trantina, Vorsitzender der Fachgruppe Beschäftigung, Sozialfragen, Unionsbürgerschaft



# Nach ihrer Rückkehr von den Reisen zu Migrationsfragen berichten die Mitglieder über ihre Erfahrungen

Die folgenden Artikel geben die persönlichen Ansichten von EWSA-Mitgliedern wieder, die an den Reisen teilgenommen haben, und entsprechen nicht notwendigerweise der offiziellen Haltung des EWSA.

## Irini Pari, Mitglied der Gruppe Arbeitgeber, über die Reise nach Griechenland

Im Dezember nahm ich an einer Informationsreise teil, die ich nie vergessen werde. Mit Kollegen des EWSA besuchte ich Lesbos, eine Insel in der Ägäis, und Idomeni, ein kleines Grenzort im Norden Griechenlands. Hier beginnt und endet die Route Tausender Flüchtlinge, die dem Krieg entkommen wollen und auf der Suche nach einer besseren Zukunft sind.

Es war bewegend, sich ein Bild von der Situation zu machen und den noch nie dagewesenen Zustrom an Flüchtlingen mit eigenen Augen zu sehen und zu erleben. Allein auf der Insel Lesbos mit 86 000 Einwohnern treffen täglich durchschnittlich 5 000 bis 6 000 Menschen ein. Es ist eine Herkulesaufgabe, sie alle zu empfangen, ihre Grundbedürfnisse zu befriedigen, die Screening- und Registrierungsverfahren einzuleiten usw. Und nach den Aussagen der Leute werden mehr Flüchtlinge erwartet, wenn mit der Zeit ihre Hoffnung auf eine Rückkehr in ihre Heimat schwindet.

Wir haben viele vor Ort tätige Helfer getroffen – Mitarbeiter nationaler und lokaler Behörden, von Frontex, der EU, des UNHCR, der IMO und lokaler und internationaler NGO. Sie alle arbeiteten eng eingebunden, motiviert und engagiert.



Angesichts der Diskussionen, die wir geführt haben, glaube ich, dass Europa eine enorm wichtige Rolle zu spielen hat. In erster Linie ist es unabdingbar, sichere Routen für Flüchtlinge und Migranten zu schaffen, um Ausbeutung durch Schleuser und das Sterben auf See zu verhindern. Zweitens müssen wir Frontex stärken, das über die erforderlichen Mittel und Ressourcen zur Rettung von Leben und zur Hilfe beim komplexen Registrierungsverfahren verfügen muss. Drittens muss die Dublin-II-Verordnung überarbeitet werden, so dass die Verantwortung nicht nur auf den Schultern weniger Mitgliedstaaten liegt, sondern dauerhaft auf alle verteilt wird.

Vor allem aber bin ich Menschen begegnet, die erst in der Nacht zuvor, einer kalten Nacht, in der 15 Menschen ihr Leben verloren hatten, das Meer überquert hatten. Ich begegnete Flüchtlingen unmittelbar, bevor sie die Grenze überschritten oder ihnen der Zugang nach Mitteleuropa verweigert wurde. In ihren Augen sah ich Schmerz, Leid und Hoffnung. Wir dürfen sie nicht enttäuschen!

## Peter Schmidt, Mitglied der Gruppe Arbeitnehmer, über die Reise nach Deutschland

Ich war Anfang Januar im Auftrag des EWSA auf einer Mission (mit den Kollegen Balon und Athela), die die Situation der ankommenden Flüchtlinge und die Zusammenarbeit der Behörden und der Zivilgesellschaft in Passau und München untersuchen sollte.

Das Beeindruckendste war die sehr hohe Bereitschaft verschiedenster Organisationen, den ankommenden Menschen zu helfen. Die Selbstorganisation der unterschiedlichen ehrenamtlichen Gruppen aus der Mitte der Gesellschaft, ohne dass es hierzu besonderer Aufforderungen bedurfte. In allen untersuchten Bereichen hat dieses Engagement dazu geführt, dass es trotz der extrem hohen Ankunftszahlen zu keiner humanitären Katastrophe gekommen ist. Sogar die zuständigen Regierungsbehörden und die Bundespolizei haben nach anfänglichen Schwierigkeiten die hohe Kompetenz der Bürger nicht nur anerkannt, sondern auch als wichtigsten Bestandteil zum Lösen der Aufgabe akzeptiert.

Eine wesentliche Voraussetzung dafür waren die sozialen Medien, ohne die es keine solche Selbstorganisation gäbe. Wir haben uns ebenso bereits bestehende Integrationsprojekte angesehen. Alle waren sich einig, dass dies die größere Herausforderung werden wird. Dabei hat sich gezeigt, dass zwei Punkte essenziell sind. Zum einen haben Beispiele gezeigt, dass durch den verstärkten Einsatz von Sprachlehrern die Flüchtlinge a) schneller integriert werden und b) dadurch weniger konfliktrichtige Langeweile entsteht.



Zum anderen sind sogenannte Koordinatoren dringend nötig. Bei dem bewundernswerten Einsatz der verschiedenen Hilfsorganisationen fehlt in großen Teilen die Koordination, die die Hilfe direkter und unmittelbarer machen würde.

Zudem ist dringend davon abzuraten, Flüchtlingsghettos zu bilden. Diese führen dazu, dass die Integration verhindert wird. In unseren Beispielen haben wir gesehen, dass die Integration nur inmitten der Gemeinden und Städte funktionieren kann. Dies führt zwar zunächst zu mehr Konflikten in der Bevölkerung, aber durch das Erleben, dass Flüchtlinge auch „nur“ Menschen sind, normalisiert sich das schnell. Hierbei spielt die Zivilgesellschaft die entscheidende Rolle. Mit Hilfsangeboten an die Flüchtlinge, umgekehrt auch das Einbinden dieser in die Gemeindeaufgaben etc., ist sehr viel schneller Integration möglich.

## Antonio Longo, Mitglied der Gruppe Verschiedene Interessen, über die Reise nach Italien



Durch seine Lage im Mittelmeerraum ist Italien die erste Anlaufstelle für Hunderttausende von Flüchtlingen, die auf der Suche nach einer besseren Zukunft aus Afrika und aus Kriegsländern wie Syrien fliehen. Die Insel Lampedusa ist zu einem Symbol für die Aufnahme von Flüchtlingen und gleichzeitig auch für die Dramen geworden, die sich auf den maroden Booten abspielen, in denen Frauen, Kinder und Männer jeden Alters tagtäglich die Insel erreichen und die oftmals mit den Hoffnungen dieser Menschen auf ein besseres Leben untergehen. Auch nach Italien hat der EWSA eine Delegation entsandt. Mit dabei waren außer mir meine Kollegen Vladimíra Drbalová und José Antonio Moreno Díaz. Am 18./19. Januar trafen wir in Mailand und Rom mit Vertretern der für die Aufnahme und Integration zuständigen Stellen und Organisationen zusammen. Besonders auffallend fanden wir dabei die unter all unseren Gesprächspartnern verbreitete Ansicht, dass Europa es mit einem dramatischen und langfristigen Problem zu tun habe, dessen enorme Komplexität ohne ein entschlossenes Engagement jedes einzelnen Mitgliedstaats und der Union in ihrer Gesamtheit nicht in den Griff zu bekommen sei. Die große Solidarität, die die italienische Bevölkerung stets an den Tag gelegt hat – insbesondere in Süditalien, wo der Fall Lampedusa zu einem Sinnbild für das Flüchtlingsproblem geworden ist –, reicht für eine dauerhafte Lösung nicht aus. Zu den interessantesten Projekten gehört das „Casa Suraya“ in Mailand. Dabei handelt es sich um ein Aufnahmезentrum, in dem öffentliche Strukturen und Akteure des privaten und gemeinnützigen Sektors effizient zusammenarbeiten und beispielhafte Unterstützung für Familien bieten – mit Rechtsbeistand, Italienischunterricht, psychologischer Betreuung und beruflicher Bildung. Schwierigkeiten gibt es genug, vor allem dann, wenn die Zuwanderer ihren Status und ihre Herkunft nicht preisgeben wollen. Die sozialen Interessenträger und die Zivilgesellschaft spielen bei der Integration der Flüchtlinge eine ausschlaggebende Rolle, sei es bei der Erstversorgung, die in erster Linie von Freiwilligen geleistet wird, sei es in den späteren Phasen, bei der Bildung und Eingliederung in Schule und Arbeitsmarkt.

## Christa Schweng, Mitglied der Gruppe Arbeitgeber und Teilnehmerin der Reise nach Österreich



In den Diskussionen, die wir in den Mitgliedstaaten führten, wurden sehr ähnliche Botschaften formuliert:

Die EU brauche ein funktionierendes Asylsystem, ein einheitliches Antragsverfahren und eine gemeinsame Liste sicherer Drittstaaten. Hotspots müssen rund um die Uhr in Betrieb sein, und ihre Zahl muss erhöht werden. Die Dublin-Verordnung muss überarbeitet werden. Ankunftslander müssen zusätzliche Unterstützung erhalten und das Umverteilungssystem muss einwandfrei funktionieren.

Man muss sich auf gemeinsame Kriterien für den internationalen Schutz festlegen. Die Bekämpfung der eigentlichen Fluchtursachen sollte Priorität im Rahmen der EU-Außenpolitik haben. Weiters sollten die Nachbarländer Syriens mehr Unterstützung erhalten.

Es ist zwischen Flüchtlingen und Wirtschaftsmigranten zu unterscheiden. Menschen, über deren Fall negativ entschieden wurde, müssen in ihr jeweiliges Herkunftsland zurückgesandt werden. Wichtig ist vor allem der Abschluss von Rückübernahmeabkommen.

Die Organisationen der Zivilgesellschaft erfüllen oft Aufgaben, die eigentlich Sache der Mitgliedstaaten sind. Es bedarf einer besseren Koordinierung zwischen zivilgesellschaftlichen Organisationen und nationalen Behörden und eines leichteren Zugangs für diese Organisationen zu EU-Finanzmitteln.

Die Integration einer großen Zahl von Menschen in unsere Gesellschaften und Arbeitsmärkte ist sowohl eine Herausforderung als auch eine Chance. Integration ist unerlässlich, um Parallelgesellschaften zu vermeiden, und sollte möglichst früh beginnen.

Die hohe Zahl der Neuankömmlinge hat Ängste wachgerufen und zur Schließung von Binnengrenzen geführt. Medien und öffentliche Behörden leisten einen wichtigen Beitrag dazu, diese Ängste abzubauen.

Wir machen jetzt durchaus schmerzhaft Erfahrungen, die uns aber hoffentlich auf die Zukunft vorbereiten. Nachhaltige Lösungen gibt es nicht auf einzelstaatlicher Ebene, sondern nur auf EU-Ebene.

## José Antonio Moreno Díaz, Mitglied der Gruppe Arbeitnehmer, über die Reise in die Türkei



Infolge des Besuchs hat sich meine Sichtweise auf die Migrationskrise geändert. Bei einem Treffen kamen wir auf das Thema des Migrationsdrucks in Grenzgebieten zu sprechen. Die Zivilgesellschaft gab uns in Bezug auf den Libanon, Jordanien und die Türkei recht, wo die Situation tatsächlich kritisch ist. In der Türkei befinden sich 3 Millionen Flüchtlinge, im Libanon 1,07 Millionen und in Jordanien 640 000. Wenn wir jedoch in der EU von einer „Krise“ sprechen, wo bei einer Bevölkerung von 500 Millionen Einwohnern im Laufe des Jahres 2015 eine Million Flüchtlinge ankamen, dann ist das wirklich nicht ganz nachvollziehbar.

Am meisten beeindruckt hat mich das Engagement der NGOs, die vor allem im Gebiet Izmir mit Flüchtlingen arbeiten. Erschüttert hat mich jedoch die Hoffnungslosigkeit vieler Aktivisten, die die Entwicklung der Situation und insbesondere die Rolle der EU sehr pessimistisch betrachten. Leider werden sie darin durch das Abkommen EU-Türkei letztlich bestätigt.

Ich persönlich halte eine Integration unter den gegebenen rechtlichen und politischen Bedingungen in der Türkei für unmöglich. Wenn ihnen kein stabiler und vergleichbarer Rechtsstatus mit klaren Rechten und Pflichten zuerkannt wird, kann kein Integrationsrahmen entwickelt werden. Daher sollte die Zivilgesellschaft versuchen, die türkische Bevölkerung dahingehend zu sensibilisieren, dass sie die Flüchtlinge als schutzsuchende Menschen wahrnimmt. Zudem sollte sie darauf hinwirken, dass die Türkei sie als Flüchtlinge gemäß der Genfer Konvention anerkennt. Integrationsmaßnahmen können nur auf der Grundlage eines sicheren und stabilen Rechtsrahmens konzipiert werden. Wäre dieser gegeben, dann käme den NGO bei der Ermittlung der tatsächlichen Bedürfnisse eine Schlüsselrolle zu.

## Dilyana Slavova, Mitglied der Gruppe Verschiedene Interessen und Vorsitzende der Fachgruppe REX, über die Reise nach Bulgarien

Nachdem sie die Grenze zwischen der Türkei und Bulgarien überquert haben, finden sich viele Asylsuchende in Aufnahmезentren der staatlichen Agentur für Flüchtlinge wieder, wo sie auf die Bearbeitung ihres Antrags auf Anerkennung des Flüchtlingsstatus warten. Dieser Status würde ihnen rechtlichen Schutz sowie einen Großteil der Rechte und Privilegien der bulgarischen Staatsangehörigen garantieren. Die Flüchtlinge müssen die Aufnahmезentren verlassen, sobald ihnen Schutz gewährt worden ist. Sie erhalten keine weitere staatliche Unterstützung bei der Suche nach einem Arbeitsplatz oder nach bezahlbarem Wohnraum und haben auch keinen Anspruch auf Sozialleistungen. Familien haben nach Verlassen der Aufnahmезentren am meisten zu kämpfen. Flüchtlinge haben oft Probleme, eine angemessene Unterkunft zu finden, vor allem wegen der zu geringen Größe der Wohnungen, die in der Regel für vierköpfige Familien ausgelegt sind. Es ist deshalb außerordentlich schwierig, Wohnungen für Familien mit acht oder mehr Kindern zu finden.



Integrationsmaßnahmen werden vom Roten Kreuz sowie von der Caritas und dem Rat der Flüchtlingsfrauen in Bulgarien ergriffen. Dazu gehören kostenlose Sprachkurse sowie die Unterstützung bei der Suche nach einem Arbeitsplatz. Die Organisationen arbeiten mit kleinen Gruppen, da die meisten Flüchtlinge kein Bulgarisch sprechen und deshalb kaum Beschäftigungschancen haben. Zudem werden sie oft diskriminiert. Regelmäßiger Sprachunterricht für Flüchtlinge findet im Informationszentrum des Roten Kreuzes in Sofia statt. Die größte Herausforderung für die Flüchtlinge besteht darin, sich in die Gesellschaft zu integrieren und Arbeit zu finden, denn dazu müssen sie die bulgarische Sprache beherrschen. Im ersten Halbjahr 2015 haben insgesamt 170 Menschen erfolgreich einen Sprachkurs abgeschlossen. Die genannten NGO leisten mithin einen wertvollen Beitrag zur Integration der Asylsuchenden.

# YEYS 2016: Jugendliche Flüchtlinge sind die künftigen „Arbeitskräfte und Genies“ Europas



Die EWSA-Jugendplenartagung „Your Europe, Your Say!“ (YEYS) erfüllte alle Erwartungen: Die jugendlichen Teilnehmer aus den 28 EU-Mitgliedstaaten und den Kandidatenländern brachten mit ihrem Enthusiasmus und ihren Ideen zur Integration von Migranten in die europäische Gesellschaft neuen Schwung in die Debatte.

Der Europäische Wirtschaft und Sozialausschuss (EWSA) lud eine Gruppe 16- bis 17-Jähriger aus ganz Europa ein, um über eines der umstrittensten aktuellen politischen Themen zu diskutieren – Migration und Integration.

Die Debatte fand am Rande der März-Plenartagung des EWSA in Brüssel statt. Die Jugendlichen erörterten eine Reihe von Fragen, die von der Rolle von Schulen, Sportvereinen und Kulturveranstaltungen zur Bekämpfung von Diskriminierung über die Art und Weise, wie über die Flüchtlingskrise kommuniziert wird, und die Rolle der

Medien bis hin zu der Bedeutung einer genau festgelegten und humanen Vorgehensweise zur Gewährleistung der Integration reichten.

Nach einer offenen und lebhaften Debatte über zehn verschiedene Vorschläge einigten sich die jugendlichen Teilnehmer auf drei übergreifende Vorschläge für eine bessere Integration von Migranten, insbesondere von Kindern, in die europäische Gesellschaft:

- **Medien und Migranten – Medienreform mittels Investitionen aus der EU:** Vorschläge zur Durchsetzung strengerer Richtlinien für die Berichterstattung über Migrationsfragen sowie weitere Maßnahmen zur Bewusstseinsbildung und Bekämpfung von Diskriminierung
- **Überarbeitung der Dublin-Regelung:** Hotspots, schnellere Asylverfahren sowie Sprach- und Kulturunterricht für Flüchtlinge vor ihrer Verteilung

- **Bildungsplan, zunächst keine Benotung, Kulturaustausch, Anpassung nach eigenem Rhythmus:** Erleichterung des Einstiegs von Flüchtlingen in das Bildungssystem sowie Anerkennung der Bedeutung von Bildung für die Integration

„Als Stimme der Zivilgesellschaft möchte der EWSA sicherstellen, dass die Standpunkte, Erfahrungen und Ideen der jungen Generation Europas zu dieser zentralen Frage Gehör finden“, sagte Gonçalo Lobo Xavier, der als EWSA-Vizepräsident für Kommunikation zuständig ist. „Wir wünschen uns einen einheitlichen und humanen Ansatz für den Umgang mit Einwanderung und Asyl. Flüchtlinge haben Rechte, aber auch die Pflicht, die Werte und sozialen Verantwortlichkeiten der EU zu achten“, so Lobo Xavier weiter.

Knapp 33 Schulen aus den verschiedenen Mitgliedstaaten und Kandidatenländern waren nach dem Zufallsprinzip ausgewählt worden, um an dieser einzigartigen Jugendinitiative teilzunehmen, bei der alljährlich die Arbeit der EWSA-Mitglieder nachvollzogen wird.

Die Mitglieder und EU-Vertreter waren beeindruckt von den Denkanstößen und konkreten Vorschlägen der Jugendbotschafter zur Erarbeitung eines umfassenderen Ansatzes zur Bewältigung der Migrationskrise.

EWSA-Mitglied José Antonio Moreno Díaz betonte, wie beeindruckt er von den Lösungsvorschlägen zu einer Reihe komplexer Fragen sei, „auf die auch Erwachsene und Politiker nur schwer Antworten finden“, und beglückwünschte die Teilnehmer zu ihrem gesunden Menschenverstand. „Ihr tragt die Idee Europas weiter“, so Moreno Díaz abschließend. (dm)



## IN KÜRZE IM EWSA

### Das ist Europa, das ist die Realität: Giles Duley zeigt im EWSA Fotos von Flüchtlingen

Der EWSA zeigt die Ausstellung *Das ist Europa, das ist die Realität* des britischen Fotografen Giles Duley, der in seinen Bildern menschliche Tragödien und Folgen von Konflikten darstellt. 2011 wurde Duley schwer verletzt: Nachdem er in Afghanistan auf eine Mine getreten war, wurden ihm drei Gliedmaßen amputiert. Dennoch entschloss sich Duley, seine Arbeit als Fotograf wiederaufzunehmen. Derzeit hält er im Auftrag des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Flüchtlinge die Geschichten der Flüchtlinge, die auf der griechischen Insel Lesbos ankommen, fest. Auch wenn er schwierige und mitunter furchtbare Situationen dokumentiert, zeigt Duley auch die Stärke von Menschen, die ihrem Schicksal trotzen, statt sich ihm zu ergeben. Die Ausstellung ist vom 27. April bis 20. Mai im Foyer 6 des JDE-Gebäudes zu sehen. Bei der Eröffnung wird Duley persönlich anwesend sein. (sk/dm)



© Giles Duley/UNHCR

### Tag der offenen Tür – 28. Mai 2016 – In Vielfalt geeint

Am Samstag, den 28. Mai, öffnet der EWSA ebenso wie die anderen europäischen Institutionen seine Türen für die Öffentlichkeit.

Dieser Tag der offenen Tür 2016 steht unter dem Motto der Europäischen Union, „In Vielfalt geeint“. Gemeinsam mit dem Europäischen Parlament, dem Europäischen Rat, dem Rat der Europäischen Union, der Europäischen Kommission, dem Europäischen Ausschuss der Regionen und dem Europäischen Auswärtigen Dienst begrüßt der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss über 30 000 Besucher, die mehr über die Arbeit der Institutionen und die Themen, mit denen sich diese befassen, erfahren möchten.

Auf dem Programm stehen Besichtigungen vor Ort, Informationsstände, interaktive Aktivitäten, Konzerte und Ausstellungen. Dies ist eine einmalige Gelegenheit, die Vielfalt Europas in einer lustigen und familienfreundlichen Atmosphäre zu entdecken. Das vollständige Programm finden Sie ab dem 16. April im Internet unter [europeday.europa.eu](http://europeday.europa.eu).

Das Hauptgebäude des EWSA, das Jacques-Delors-Gebäude (Rue Belliard/Belliardstraat 99, 1040 Brüssel), wird am **Samstag, den 28. Mai 2016 von 10.00 bis 18.00 Uhr** für die Öffentlichkeit zugänglich sein. Hier können Sie gemeinsam mit Familie und Freunden den EWSA und unser Europa entdecken! (sk)

### Medienseminar der Zivilgesellschaft 2016: Kommunikation über Migration

Mit dem Medienseminar der Zivilgesellschaft 2016 am 24./25. November in Wien feiert der EWSA den 10. Jahrestag dieser Veranstaltung. Im Mittelpunkt der diesjährigen Ausgabe zum Thema *Migration kommunizieren* stehen Fragen der Medienberichterstattung und Kommunikation über Flüchtlinge, Migration und Integration.

Bekanntermaßen haben die Medien, einschließlich der sozialen Medien, bei der Information über die Flüchtlings- und Migrationskrise eine entscheidende Rolle gespielt: Sie haben nicht nur zweifellos die öffentliche Meinung und selbst die Politik beeinflusst, sondern auch die Art und Weise, wie die Regierungen und zivilgesellschaftlichen Organisationen verschiedene Migrationsaspekte vermittelt haben.

Am Seminar werden Journalisten, Kommunikatoren der Zivilgesellschaft und Migrationsfachleute sowie für diesen Bereich zuständige europäische und internationale Institutionen teilnehmen. Es werden Arbeitssitzungen zu Kommunikationsaspekten in Bezug auf Migration, Flüchtlinge, Schleusung und Integration von Migranten (einschließlich Eingliederung in den Arbeitsmarkt) veranstaltet.

Ausgerichtet wird die Veranstaltung mit Unterstützung der Stadt Wien und des österreichischen Bundesministerium für Europa, Integration und Äußeres, das die Diplomatische Akademie Wien als Veranstaltungsort zur Verfügung stellt. (sma)

## Impuls für die Sicherheit des Seeverkehrs zur rechten Zeit

Der EWSA unterstützt die Bestrebungen der Europäischen Kommission zur Förderung der Zusammenarbeit und des Informationsaustauschs zwischen den verschiedenen EU-Agenturen und den mit der Küstenwache betrauten nationalen Behörden. Gleichzeitig betont er jedoch, dass „bei der Umsetzung der geplanten Maßnahmen große Eile geboten ist“.

In der **Stellungnahme** zur von der Kommission vorgeschlagenen Änderung der Verordnung, die auf der Plenartagung im März verabschiedet wurde, heißt es deutlich: „Es kann und darf nicht sein, dass die Flüchtlingsströme über das Meer weiter Opfer fordern, der illegale Zustrom an Migranten andauert und die Mitgliedstaaten im Alleingang Maßnahmen ergreifen, um dauerhafte Grenzkontrollen einzuführen.“ Darüber hinaus wird in Frage gestellt, ob die vorgeschlagenen Änderungen bei der Europäischen Agentur für die Sicherheit des Seeverkehrs (EMSA) geeignet sind, um die personellen und

finanziellen Ressourcen bereitzustellen, die erforderlich sind, um schnell genug auf die drängenden humanitären und sicherheitspolitischen Erfordernisse reagieren zu können.

Nach Auffassung des Berichterstatters Jan Simons aus der Gruppe Arbeitgeber würde ein leistungsfähigeres und kostenwirksameres Küstenwachsystem den Mitgliedstaaten die Möglichkeit geben, ständige Kontrollen zu lockern oder sogar ganz auf sie zu verzichten und damit dem Schengen-Abkommen wieder zur vollen und ordnungsgemäßen Gültigkeit zurückverhelfen.

Zu den von der Kommission vorgeschlagenen Maßnahmen, die der EWSA befürwortet, gehört auch der Einsatz ferngesteuerter Flugsysteme (RPAS), die die bisweilen lückenhafte Überwachung allein mittels Satellitenbildern ergänzt, denn kleinere Gummi- oder Holzboote sind schwer auszumachen. (sg)

© shutterstock/klidy



## Künftige Aktivitäten der Gruppe Arbeitnehmer

Die Gruppe Arbeitnehmer ist davon überzeugt, dass nur in einem starken, vereinten, solidarischen und zutiefst demokratischen Europa die aktuelle Krise überwunden werden kann – seien es die Herausforderungen, vor die uns der Terrorismus stellt, die wirtschaftliche und soziale Krise oder die Flüchtlingskrise. Daher begrüßen wir den Start einer öffentlichen Konsultation über die europäische Säule sozialer Rechte, mit der der demokratische Charakter unserer Union gestärkt wird. Die Arbeitnehmer unterstützen voll und ganz das Ziel dieser Initiative, das darin besteht, eine vertiefte und gerechtere Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) insbesondere durch die Gewährleistung fairer und gut funktionierender Arbeitsmärkte und Sozialschutzsysteme zu schaffen. Um die von Jean-Claude Juncker vorgeschlagene Idee eines „sozialen AAA-Ratings“ zu verwirklichen, hat die Gruppe Arbeitnehmer diese Initiative zu ihrer ersten und obersten Priorität erklärt. Aus diesem Grund wird die Vorsitzende, Frau Bischoff, die Berichterstattung einer der betreffenden EWSA-Stellungnahmen übernehmen (wie auch die anderen beiden Gruppenvorsitzenden und mehrere Mitglieder des EWSA).



Der Gruppe Arbeitnehmer

Freizügigkeitsgrundsatzes und den wiederholten Bemühungen zum Abbau sozialer Rechte. Im Nachgang zu dieser Entschließung organisiert die Gruppe Arbeitnehmer eine außerordentliche Vorstandssitzung am 21. April 2016 in London, auf der die Gefahren des EU-Referendums im Vereinigten Königreich nicht nur für britische Arbeitnehmer, sondern für alle EU-Bürger erörtert werden sollen. Im Rahmen dieser Veranstaltung findet ein eingehender Meinungs austausch mit britischen Gewerkschaften statt.

Zu guter Letzt wird die Gruppe Arbeitnehmer am 31. Mai 2016 eine außerordentliche Sitzung in Den Haag abhalten, um eine detaillierte Bewertung des niederländischen EU-Ratsvorsitzes unter Teilnahme von niederländischen Regierungsvertretern vorzunehmen. (mg/fs)

Die sozialen Rechte sind eines der Hauptanliegen der Gruppe Arbeitnehmer, auch in Bezug auf den „Brexit“. In diesem Zusammenhang warnte die Gruppe in ihrer Erklärung vom 18. Februar 2016 vor der möglichen Beeinträchtigung des

## Wie soll die künftige KMU-Politik der EU aussehen?

Der „Small Business Act“ (SBA) muss seinem ursprünglichen Zweck entsprechend künftig wirksamer als Instrument zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit von KMU eingesetzt werden. Dem Bedarf von KMU muss gemäß den Grundsätzen „Vorfahrt für KMU“ und „Höchstens einmal“ in allen EU-Politikbereichen Rechnung getragen werden, und der SBA muss wirksamer gesteuert, überwacht und umgesetzt werden – dies sind die Hauptforderungen der Teilnehmer des von der Gruppe Arbeitgeber des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses (EWSA) organisierten Diskussionsforums zu KMU, das am 5. April unter Teilnahme der EU-Kommissarin für Binnenmarkt, Industrie, Unternehmertum und KMU, Elżbieta Bieńkowska, stattfand.

In einer gemeinsamen Erklärung forderten die Vertreter bedeutender europäischer Arbeitgeberorganisationen (BUSINESSEUROPE, UEAPME, EuroChambres, Eurocommerce, Copacogeca und CEEP) eine Stärkung der KMU-Politik der EU sowie einen Aktionsplan für KMU zur Neubelebung des SBA und zur Dynamisierung der nationalen Maßnahmen für KMU. Sie nannten eine Reihe vorrangiger Aufgaben, die angegangen werden müssen: Stärkung des Unternehmertums, Vervollständigung des Binnenmarkts, verbesserter Zugang zu Finanzierung für KMU sowie Erleichterung des Handels einschließlich des Zugangs zu Märkten in Drittstaaten.

„KMU tragen viel zur Schaffung von Arbeitsplätzen und Wachstum in Europa bei, und ihr künftiges Wachstum ist von entscheidender Bedeutung für die EU-Wirtschaft. Durch die Organisation dieses Diskussionsforums wollen wir die Politikverantwortlichen auf die verschiedenen Herausforderungen hinweisen, denen sich KMU gegenübersehen, und konkrete Maßnahmen zur Verbesserung des Geschäftsumfelds unterbreiten“, so Jacek Krawczyk, Vorsitzender der Gruppe Arbeitgeber des EWSA. Er hob hervor, dass sowohl die europäischen als auch die nationalen Arbeitgeberorganisationen eine engere Zusammenarbeit mit der Europäischen Kommission anstreben, um sicherzustellen, dass die Rechtsvorschriften dem Bedarf von Unternehmen entsprechen. (lj)



Elżbieta Bieńkowska, für Binnenmarkt, Industrie, Unternehmertum und KMU zuständiges Mitglied der Europäischen Kommission, und Jacek Krawczyk, Vorsitzender der Gruppe Arbeitgeber des EWSA, beim KMU-Diskussionsforum

## Stärkung der Zusammenarbeit zwischen der EU und Japan

Auf einem Seminar am Sitz des EWSA in Brüssel wurden im März die gemeinsame Herausforderung der Migration sowie die Rolle der Zivilgesellschaft bei der Umsetzung des Freihandelsabkommens zwischen der EU und Japan erörtert. Bei dieser Gelegenheit lud EWSA-Vizepräsident Gonçalo Lobo Xavier die Organisationen der japanischen Zivilgesellschaft zu einem Studienbesuch ein. „Die Zivilgesellschaften in der EU und in Japan sind zwar unterschiedlich organisiert, doch ihre Rolle und ihre Aufgaben sind im Wesentlichen dieselben.“ Die Zivilgesellschaft beider Seiten muss aktiv in die Umsetzung und Überwachung des Abkommens über die strategische Partnerschaft und des Freihandelsabkommens EU-Japan einbezogen werden. Darüber hinaus muss dem interregionalen Austausch und dem Aufbau

engerer Kontakte zwischen den Zivilgesellschaften der EU und Japans Vorrang eingeräumt werden.

Die Teilnehmer brachten die Hoffnung auf ein tiefergehendes Handelsabkommen zum Ausdruck, das Initiativen zur Stärkung der zwischenmenschlichen Kontakte, des gegenseitigen Verständnisses und der Freundschaft auf den Weg bringen und die japanische und die europäische Gesellschaft auf diese Weise einander näherbringen werde.

Im Bereich der Migration, so zeigte sich auf dem Seminar, stehen beide Gesellschaften trotz unterschiedlicher historischer und geografischer Gegebenheiten vor ähnlichen Herausforderungen, etwa der Suche nach legalen Lösungen für Arbeitnehmer und Wirtschaftsmigranten. (sma)

## In der EU sein oder nicht sein? Das ist hier die Frage ...

### von Luca Jahier, Vorsitzender der Gruppe Verschiedene Interessen im EWSA

Am 8. März 2016 veranstaltete die Gruppe Verschiedene Interessen eine Debatte zum Thema *Das Vereinigte Königreich in der EU – Was geht mich das an?* mit 130 Teilnehmern. Geleitet wurde die Debatte von Shirin Wheeler, ehemalige Moderatorin des BBC-Programms *The Record Europe*.



Luca Jahier, Vorsitzender der Gruppe Verschiedene Interessen des EWSA

Zu den Rednern gehörten Vertreter von Hochschulen und Thinktanks, dem gemeinnützigen und dem Umweltsektor, sozialen Unternehmen, Gewerkschaften, lokalen und nationalen Behörden sowie unsere Mitglieder. Dabei entstanden die lebhaftesten Debatten, die wir auf einer thematischen Konferenz unserer Gruppe je hatten. Ob es nun um Arbeitsplätze, Wachstum, den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt, Sicherheit, Souveränität und Identität ging oder um den „Morgen danach“ und die Folgen einer Stimmenmehrheit für den EU-Austritt – ein gemeinsamer roter Faden zog sich durch alle Beiträge: Beim Referendum am 23. Juni wird es um die Menschen und um ihre Lebensqualität gehen. Aus diesem Grund wohl kamen die Diskussionsteilnehmer zu dem Schluss, dass die meisten Briten ungeachtet der objektiven Tatsachen und der parteipolitischen Dimension der IN- und OUT-Kampagnen in der Abstimmung

auf ihr Bauchgefühl vertrauen werden. Den Ausgang des Referendums werden letztendlich die Empfindungen und Wahrnehmungen sowie die Ängste, Leidenschaften und Werte bestimmen, die an die nächste Generation weitergegeben werden sollen. Wir könnten es das „Projekt Hoffnung“ nennen, denn die Europäische Union ist ein Weg, den wir gemeinsam für die Entwicklung unserer Gesellschaft, für Gerechtigkeit und Würde beschreiten. Der Weg ist natürlich nicht frei von Stolpersteinen.

Vor fast fünf Jahrhunderten schrieb William Shakespeare: „Die ganze Welt ist eine Bühne“, und das Leben ist ein Theaterstück, das wir aufführen müssen. Die Hauptdarsteller am 23. Juni sind die Briten! Also, ein Mitglied der Europäischen Union „sein oder nicht sein“? Das ist hier die Frage! Ich persönlich stehe fest im Lager der Befürworter. Ich bin für #UK-IN!

## Eine ausreichende Lebensmittelversorgung aller erfordert einen radikalen Wandel bei Erzeugung und Konsum von Lebensmitteln

Die Weltbevölkerung wird bis 2050 voraussichtlich auf schwindelerregende 9,6 Milliarden ansteigen, doch lässt sich schon jetzt mit dem weltweiten System für die Lebensmittelherzeugung kaum die derzeitige Bevölkerung von 7,5 Milliarden ernähren. Darüber hinaus werden Lebensmittel heutzutage auf unnachhaltige Weise angebaut, erzeugt, transportiert und verbraucht.

gegenwärtig auf 100 Millionen Tonnen in Europa und 1,6 Milliarden Tonnen (ca. 30% der Produktion) weltweit beläuft. Eine gesündere Ernährung und ein geringerer Fleischverzehr kommt auch unserem Planeten zugute. Doch ist dies nicht alles. Die Lebensmittelindustrie ist der weltweit größte Verursacher von Treibhausgasemissionen – und der EWSA wird entsprechende Gegenmaßnahmen vorschlagen.

Der EWSA erarbeitet zurzeit auf Ersuchen des niederländischen Ratsvorsitzes eine Stellungnahme zum Thema Nachhaltigere Lebensmittelsysteme. Die Meinungen der Interessenträger und Sachverständigen zu diesem Thema wurden in einer am 11. März 2016 vom EWSA in Brüssel veranstalteten Anhörung eingeholt.

Außerdem ist nicht nur bei den politischen Maßnahmen, sondern auch sektorübergreifend eine größere Kohärenz erforderlich. Die Ernährungspolitik der EU muss so gestaltet werden, dass sie umfassend ist und die Landwirtschaft, den Handel, die Umwelt sowie die Gesundheits- und die Sozialpolitik einbezieht und verschiedene Instrumente wie Rechtsvorschriften, wirtschaftliche Anreize und Steuern kombiniert, um ein wahrhaft nachhaltiges Lebensmittelsystem zu entwickeln. (sma)

Nach Ansicht des EWSA ist eines der Hauptanliegen die Verringerung der Lebensmittelverschwendung, die sich

## EWSA und französischer CESE streben engere Zusammenarbeit an

Der EWSA und der französische Wirtschafts-, Sozial- und Umweltrat (CESE) freuen sich auf eine engere Zusammenarbeit.

Mitgliedern des EWSA unter der Leitung von Thierry Libaert, EWSA-Ansprechpartner für Frankreich, und der Führungsriege des CESE am 21. März in Paris. Bei diesen Treffen beschlossen die beiden Einrichtungen eine Zusammenarbeit in vielen verschiedenen Bereichen. Zu den wichtigsten Themen der Zusammenarbeit gehören Folgemaßnahmen zur COP 21, Migration, soziales Europa, Entsendung von Arbeitnehmern, Europa 2020 und das EU-Netz der nationalen WSR und des EWSA. Weiterhin wurde vereinbart, unmittelbare Kontakte zwischen den beiden Präsidenten, auf Verwaltungsebene und unter den Berichterstattern zu fördern sowie den Austausch zwischen den beratenden Gremien, Ausschüssen und Delegationen zu erleichtern und auszuweiten. Beide Seiten bekundeten ferner den Wunsch, ähnliche Treffen regelmäßig halbjährlich durchzuführen.

Seitdem sind verschiedene weitere Schritte unternommen worden, insbesondere ein Arbeitstreffen zwischen Präsident Dassis und Präsident Bernasconi am 10. März in Brüssel sowie in der Folge ein Treffen zwischen französischen

Der nächste Schritt wird die Teilnahme von Herrn Bernasconi an der EWSA-Plenartagung im Mai sein. (dm)

EWSA info in 23 Sprachen: <http://www.eesc.europa.eu/?i=portal.en.eesc-info>

April 2016 / 4

### Redaktionsausschuss:

Alun Jones (Chefredakteur)  
Daniela Marangoni (dm)

Silvia M. Aumair (sma)

### Gesamtkoordinierung:

Agata Berdys (ab)

### Beiträge zu dieser Ausgabe von:

Caroline Alibert-Deprez (cad)  
Chloé Lahousse (cl)  
Daniela Marangoni (dm)  
Diaelhak Raguragui (dr)  
Francisco Soriano (fs)  
Leszek Jarosz (lj)  
Margarita Gavanias (mg)  
Milen Minchev (mm)  
Satu Kankala (sk)  
Siana Glouharova (sg)

### Redaktionsschluss: 12. April 2016

### Anschrift:

Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss  
Jacques-Delors-Gebäude,  
Rue Belliard/Belliardstraat 99,  
B-1040 Brüssel, Belgien  
Tel.: (+32 2) 546 94 76  
Fax: (+32 2) 546 97 64  
E-Mail: [eescinfo@eesc.europa.eu](mailto:eescinfo@eesc.europa.eu)  
Internet: <http://www.eesc.europa.eu/>

EWSA info erscheint neunmal im Jahr anlässlich der Plenartagungen des Ausschusses.

Die Druckausgaben von EWSA info in Deutsch, Englisch und Französisch sind beim Pressedienst des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses kostenlos erhältlich.

EWSA info kann auch in 23 Sprachen im pdf-Format vom Internetportal des Ausschusses abgerufen werden:  
URL: <http://www.eesc.europa.eu/?i=portal.en.eesc-info>

EWSA info ist keine offizielle Berichterstattung über die Arbeit des Ausschusses; diese erfolgt im Amtsblatt der Europäischen Union und in anderen Publikationen des EWSA.

Nachdruck mit Quellenangabe (bei Einsendung eines Belegexemplars an die Redaktion) gestattet.

Auflage: 6 500 Exemplare

Nächste Ausgabe: Mai 2016

GEDRUCKT AUF 100% RECYCLINGPAPIER



Amt für Veröffentlichungen